



# Landtagswahlen in Niedersachsen

9. Oktober 2022

Unsere Forderungen für ein  
sozial gerechtes Niedersachsen

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Gesundheit

### **Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum**

Um dauerhaft eine qualitativ gute medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten zu gewährleisten, müssen wirksame Anreize geschaffen werden. Es muss alles daran gesetzt werden, junge Ärzte auszubilden und deren Ansiedlung in der Fläche zu unterstützen. Denn bereits im Jahr 2035 werden laut einer Studie der Robert-Bosch-Stiftung allein im Nordwesten Niedersachsens rund 2400 niedergelassene Ärzte in den Ruhestand gehen. Die Bedarfsplanung ist an diese Entwicklung anzupassen. Insbesondere ist auf die Qualität der Versorgung zu achten. Um die Fortführung von Praxen in ländlichen Gebieten zu sichern und Leerstand zu vermeiden, müssen darüber hinaus weitere Anstrengungen unternommen werden. Denkbar wären hier zum Beispiel Ansiedlungsprämien und Unterstützung zur Gründung von Zweigniederlassungen.

### **Mehr Mediziner ausbilden**

2021 wurden in Niedersachsen bereits neue Medizinstudienplätze geschaffen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir meinen jedoch, dass hier mit der Schaffung weiterer Studienplätze nachgelegt werden muss. Außerdem darf die Vergabe von Studienplätzen nicht vornehmlich am Notendurchschnitt festgemacht werden, sondern es müssen auch andere Kriterien entscheidend sein, wie etwa ein persönlicher Eignungstest.

### **Sektorenübergreifende Versorgung**

Je weniger Arztsitze in einer Region vorhanden sind, desto wichtiger ist die Zusammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung – also Hausärzten, Fachärzten und Krankenhäusern. Auch stationäre Einrichtungen müssen künftig einen stärkeren Beitrag zur Versorgung der Patienten leisten. Erforderlich sind dafür gut aufeinander abgestimmte ambulante und stationäre Strukturen.

### **Schaffung und Ausbau medizinischer Zentren**

Es sind medizinische Zentren als Schnittstellen zwischen den verschiedenen Fachrichtungen zu errichten. Mit zunehmendem Alter erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, an einer oder auch mehreren Erkrankungen zugleich zu leiden. Multimorbidität kann besser behandelt werden, wenn Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen zusammenarbeiten.

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Gesundheit

### **Kommunale Anreizprogramme zur Förderung der Niederlassung von Ärzten**

Regionale Herausforderungen wie fehlende Kinderbetreuungs- oder Einkaufsmöglichkeiten können durch eine verbesserte Infrastruktur überwunden werden. Finanzielle Anreize, aber auch eine gute soziale und kulturelle Infrastruktur motivieren Ärzte, sich in ländlichen Regionen niederzulassen.

### **Erhalt der Apotheken im ländlichen Raum**

Gerade für ältere und kranke Menschen sind Ansprechpartner vor Ort wichtig. Viele Betroffene sind nicht in der Lage, ihre Medikamente im Internet zu bestellen und wünschen sich eine persönliche Beratung. Online-Apotheken können dies nicht leisten.

### **Krankenhausplanung und Stärkung des Rettungswesens**

Ziel der Krankenhausplanung muss eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige stationäre Versorgung der Patienten in Niedersachsen sein. Die Zahl und Verteilung der Krankenhäuser muss sich nach der guten Erreichbarkeit für Notfälle und einfache Behandlungen einerseits und nach der Expertise für kompliziertere Behandlungen andererseits richten. In solche Überlegungen müssen auch die Belange des Rettungswesens einbezogen werden. Der Rettungsdienst muss innerhalb weniger Minuten beim Patienten sein. Häufig ist ein zügiger Transport in ein Krankenhaus notwendig. Die Rettungsstellen müssen daher personell und sachlich so ausgestattet werden, dass die medizinische Notfallversorgung der Patienten gewährleistet ist.

### **Sicherstellung der Versorgung mit Medikamenten und Medizinprodukten auch in Krisenzeiten**

Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben zu einer Verknappung von Ressourcen geführt, unter anderem bei Medikamenten und Medizinprodukten. Wir fordern daher, geeignete Maßnahmen zu treffen, die die Versorgung mit Medikamenten und Medizinprodukten sicherstellen.

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Pflege

### **Versorgungssicherung**

Das Land muss eine gute pflegerische Versorgung herbeiführen. Länder, Kommunen, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen sind verpflichtet, im Zusammenwirken die pflegerische Versorgung zu gewährleisten. Doch durch das Zuständigkeitsgerangel ist in Niedersachsen sowohl auf ländlicher als auch auf städtischer Ebene die pflegerische Versorgung nicht gesichert und insbesondere im ambulanten Bereich äußerst prekär, dies muss schleunigst geändert werden.

### **Gewinnmaximierung in Pflegeeinrichtungen einen Riegel vorschieben**

Der Mensch muss mit seinen Bedarfen und individuellen Wünschen im Mittelpunkt stehen und nicht wirtschaftliche Interessen. Zwar dürfen wirtschaftliche Gesichtspunkte nicht vollständig außer Acht gelassen werden, aber kostendeckendes Wirtschaften hat das Streben nach Renditen für Anteilseigner zum Schutz von Patienten und Pflegepersonal zu ersetzen.

### **Mehr qualifiziertes und angemessen bezahltes Pflegepersonal in niedersächsischen Pflegeeinrichtungen**

Auf Landesebene muss alles getan werden, um den demografisch bedingten Mehrbedarf an Pflegepersonal und das altersbedingte Ausscheiden von Pflegekräften aufzufangen.

### **Grundsätzliche Verbesserung des Personalschlüssels in Alten- und Pflegeheimen**

Erforderlich ist ein am tatsächlichen Bedarf der Pflegebedürftigen und an den Pflegegraden orientierter Pflegeschlüssel, inklusive eines „Nachtschlüssels“. Insbesondere der Pflegeschlüssel in Einrichtungen, in denen an Demenz Erkrankte leben, muss erhöht werden. Die bisher durch die „Konzertierte Aktion Pflege Niedersachsen“ eingeleiteten Maßnahmen sind nicht ausreichend.

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Pflege

### **Mehr bezahlbare Plätze für Kurzzeit-, Verhinderungs- und Tagespflege**

An vielen Stellen in Niedersachsen sind nicht genügend Tages- und Kurzzeitpflegeplätze oder ambulante Pflegedienste verfügbar. Häufig verfallen Pflegeversicherungsleistungen deswegen, pflegende Angehörige stoßen an ihre Grenzen. Für die Stärkung der häuslichen Pflege ist die Bereitstellung ausreichender Kapazitäten in diesem Bereich unerlässlich.

### **Mehr Mitbestimmung für Pflegebedürftige**

In niedersächsischen Pflegeeinrichtungen ist die Teilhabe der Pflegebedürftigen zu gewährleisten. Sie sollten dabei unterstützt werden, eine Interessenvertretung zu wählen.

### **Rehabilitation vor Pflege**

Es muss mehr Angebote zur Prävention und Rehabilitation geben, um Pflegebedürftigkeit vorzubeugen.

### **Einsetzung einer Enquetekommission Pflege**

Eine qualitativ hochwertige und auf spezielle Bedarfe zugeschnittene Pflege muss in Niedersachsen unbedingt gewährleistet sein. Hierauf haben nicht nur Pflegebedürftige sondern auch ihre pflegenden Angehörigen sowie Pflegekräfte Anspruch. Deswegen fordern wir die Einsetzung einer Enquetekommission Pflege. Die Kommission soll hierzu den aktuellen Zustand der Pflege in Niedersachsen untersuchen und prüfen, welche Maßnahmen in die Wege geleitet werden müssen, um die Pflegequalität dauerhaft auf einem guten Niveau zu halten.

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

### **Inklusion von Anfang an gemäß UN-Behindertenrechtskonvention**

Grundsätzlich muss Inklusion in der Kinderbetreuung und in der Schule, in Ausbildung und im Beruf sowie in der Freizeitgestaltung gewährleistet werden. Wichtig ist eine entsprechende Unterstützung vor allem beim Übergang von der Schule in den Beruf. Die individuellen Wünsche von Menschen mit Beeinträchtigungen sollen bei der Auswahl von Wohn- und Beschäftigungsverhältnissen in jedem Fall berücksichtigt werden.

### **Konversion großer stationärer Einrichtungen**

In Niedersachsen wohnen ca. 30.000 Menschen mit Beeinträchtigungen in großen stationären Einrichtungen und nur 20.000 in ambulanten Wohnformen bzw. in ihrem familiären Umfeld. Um die individuellen Wünsche der Menschen mit Beeinträchtigungen jedoch hinreichend zu berücksichtigen, muss es das Ziel des Landes Niedersachsen sein, stationäre Wohneinrichtungen zugunsten anderer Wohnformen, die mehr Selbstbestimmung und eine unabhängige Lebensführung gewähren, abzubauen.

### **Förderprogramme zur Integration von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt**

Ziel sollte es sein, möglichst viele Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Deswegen müssen aus Sicht des VdK Niedersachsen-Bremen mehr Projekte gefördert bzw. ins Leben gerufen werden, die darauf abzielen.

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

### **Leichte Sprache**

Das Behindertengleichstellungsgesetz fordert von Trägern öffentlicher Gewalt, mit Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen in einfacher und verständlicher Sprache zu kommunizieren. Bescheide und Vordrucke sollen in verständlicher Weise erläutert werden bzw. in Leichter Sprache zur Verfügung gestellt werden. Damit wird insbesondere Menschen mit Lernbehinderungen oder anderen Beeinträchtigungen geholfen zu verstehen, welche Anforderungen an sie gestellt werden. Wir fordern deswegen, dass flächendeckend und bei allen Sozialleistungsträgern Bescheide in leichter Sprache zur Verfügung gestellt werden.

### **Inklusiven und barrierefreien Tourismus fördern**

Niedersachsen ist ein beliebtes Urlaubsland mit einigen Touristenhochburgen. Damit alle Menschen daran teilhaben können, müssen inklusive und barrierefreie Urlaubsangebote installiert und verstärkt gefördert werden.

### **Förderung Behindertensport**

Zweck der Sportförderung in Niedersachsen ist gem. § 2 Nr. 6 Niedersächsisches Sportfördergesetz unter anderem, Menschen mit und ohne Behinderungen und Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie sozial benachteiligten Menschen die gemeinsame Sportausübung zu ermöglichen und diese zu unterstützen. Dennoch ist es gerade Menschen mit Behinderungen nicht immer möglich, die gewünschte Sportart auszuüben. Sie sind auf einen barrierefreien Zugang zu Sportstätten angewiesen, brauchen ggf. besondere Sportausrüstungen oder Begleitung und häufig auch mehr Zeit. Hier sollten verstärkt Anstrengungen unternommen werden, Menschen mit Behinderungen sowohl in finanzieller als auch in ideeller Hinsicht zu unterstützen.

### **Schulgeldfreiheit für Heilerziehungspfleger**

Fachkräfte in der Behindertenhilfe sind rar. Dennoch müssen Schüler der Heilerziehungspflege ein Schulgeld bezahlen, wenn sie eine Schule in freier Trägerschaft besuchen. Wir fordern deswegen, dass die Fachschulen für Heilerziehungspflege in freier Trägerschaft vom Land Niedersachsen so gefördert werden, dass sie kein Schulgeld mehr erheben müssen.

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Barrierefreiheit

### **Barrierefreie Krisenkommunikation**

Alle Menschen sind in Krisensituationen auf verlässliche und aktuelle Informationen angewiesen. Menschen mit Behinderungen sind in besonderem Maße darauf angewiesen, dass diese Informationen barrierefrei sind. Alle aktuellen staatlichen Informationen und Hinweise von Behörden wie dem Robert Koch-Institut (RKI) zur Entwicklung der Corona-Pandemie, Maßnahmen des Infektionsschutzes, Verpflichtungen und Ausnahmeregelungen müssen von Bund und Ländern zeitgleich auch in barrierefreien Formaten (Gebärdensprache, Brailleschrift, einfache und leichte Sprache) problemlos auffindbar zur Verfügung gestellt werden. Alle Menschen mit Behinderungen müssen sich niedrigschwellig mit ihren Fragen und Anliegen an öffentliche Stellen wenden können. Insbesondere hörbehinderte Menschen benötigen ein schriftliches und gebärdensprachliches Angebot zur Kontaktaufnahme und die Bereitstellung von entsprechenden Beratungsangeboten (z. B. Corona-Hotline für gehörlose Menschen). Auch Katastrophenwarnungen müssen barrierefrei sein. Solange der Zugang zu Informationen nicht gleichberechtigt ist, solange es keinen barrierefreien Notruf gibt und räumliche oder sprachliche Barrieren bestehen, solange werden Menschen mit Behinderungen in Notsituationen stärker gefährdet und stärker betroffen sein. Bund und Länder müssen ein abgestimmtes Gesamtkonzept für einen barrierefreien Katastrophenschutz und eine barrierefreie Krisenkommunikation in Notfällen vorlegen.

### **Barrierefreie Quartiere schaffen**

Alleinlebenden älteren Menschen droht schnell die Vereinsamung. Viele wünschen sich, in einer Gemeinschaft zu wohnen – beispielsweise in Mehr-Generationen-Häusern. Diese bieten verschiedene Vorteile: Man hilft sich gegenseitig, zudem wird die soziale Teilhabe gefördert. Unabdingbar dafür ist ein barrierefreies Wohnumfeld. Neben einer intakten sozialen Infrastruktur mit barrierefrei gestalteten Gesundheitseinrichtungen müssen in den Quartieren zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten und gute Anbindungen an den öffentlichen Personennahverkehr vorhanden sein. Um die Ansiedlung beispielsweise von Arztpraxen und medizinischen Versorgungszentren zu unterstützen, müssen verstärkt öffentliche Förderprogramme aufgelegt werden. Der VdK fordert eine entsprechende Bauleitplanung für ein Wohnen ohne Hindernisse im Quartier.



# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Barrierefreiheit

### **Barrierefreier ÖPNV**

Neben Personen, die mit mobilen Einschränkungen infolge motorischer, sensorischer und /oder mentaler Behinderung (ca. 8,5%) leben müssen, gelten auch Kinder und Kleinwüchsige, ältere Menschen, schwangere Frauen, Personen mit Kinderwagen oder Gepäck sowie vorübergehend in ihrer Beweglichkeit Gehandicapte (ca. 25-30%) als mobil eingeschränkt. Sie alle sind auf einen gut ausgebauten und barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen. Eine Modernisierung von Fahrzeugen zu Lasten der Barrierefreiheit, wie sie im Jahr 2021 durch die Landesnahverkehrsgesellschaft in den Zügen der Metronom-Eisenbahn-Gesellschaft vorgenommen wurde, kann nicht hingenommen werden. Der VdK Niedersachsen-Bremen fordert daher, die barrierefreie Umgestaltung und den Ausbau im ÖPNV voranzutreiben.

### **Kostenlose Schülerbeförderung für alle Schüler**

Beim Besuch einer Schule nach der 10. Klasse (z.B. Besuch einer Berufsschule oder eines Gymnasiums) müssen die Schüler die entstehenden Fahrtkosten im ÖPNV selbst tragen. Dies stellt für viele Familien eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Wir fordern deswegen, dass Schüler auch im Anschluss an die 10. Klasse noch einen Anspruch auf kostenlose Schülerbeförderung haben.

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Ehrenamt

### **Bessere Rahmenbedingungen für das Ehrenamt**

Das ehrenamtliche Engagement gehört zu den grundlegenden Elementen unserer Demokratie. Umso wichtiger ist es, das Ehrenamt durch geeignete Rahmenbedingungen bestmöglich zu fördern.

### **Kostenlose Weiterbildung und Qualifizierung**

Für viele Ehrenamtliche steigt mit der stetigen Zunahme an bürokratischen Anforderungen die Komplexität der Nebenaufgaben. Die kostenlose Weiterbildung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen sollte daher durch gesetzliche Regelungen gefördert werden.

### **Bildungsurlaub**

Insbesondere sollten Ehrenamtliche die Möglichkeit bekommen, für solche Weiterbildungsmaßnahmen Bildungsurlaub nutzen zu können. Dies muss unabhängig davon möglich sein, ob es sich hierbei um eine ein- oder mehrtägige Maßnahme handelt. Ebenso sollte die Möglichkeit geschaffen werden, sich für die Ausübung des Ehrenamtes von der Arbeit freustellen zu lassen.

### **Sonderurlaub nach der Niedersächsischen Sonderurlaubsverordnung auch für Zwecke der Sozialverbände**

Nach der Niedersächsischen Sonderurlaubsverordnung kann Sonderurlaub für Zwecke der Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Organisationen und Verbände gewährt werden. Die Zwecke der Sozialverbände sind hier nicht aufgeführt, obwohl sie als eine der größten Interessengemeinschaften eine außerordentliche staatsbürgerliche Bedeutung haben. Deswegen fordern wir, dass die Sozialverbände entsprechende Berücksichtigung in der Niedersächsischen Sonderurlaubsverordnung finden.

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Ehrenamt

### **Aufwandsentschädigungen**

Es sollten darüber hinaus bessere Möglichkeiten geschaffen werden, angemessene Aufwandsentschädigungen zu erhalten bzw. steuerlich geltend zu machen. Insbesondere sollte bei der steuerlichen Förderung das ehrenamtliche Engagement gleichbehandelt werden und deswegen die Steuerfreibeträge für ehrenamtlich tätige Vorstände auf die Höhe der Übungsleiterpauschale angehoben werden. Die Höhe der Übungsleiterpauschale wiederum muss überprüft und erhöht werden, denn auch ehrenamtlich Tätige sind dem steigenden Kostendruck ausgesetzt.

### **Assistenz**

Menschen, die bei der Ausübung ihres Ehrenamtes auf Assistenz angewiesen sind, müssen vorrangig auf unentgeltliche Unterstützung in ihrem Familien- und Freundeskreis zurückgreifen. Dies ist ein massiver Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht und widerspricht damit der UN-Behindertenrechtskonvention. Deswegen halten wir einen Rechtsanspruch auf bedingungslose Gewährung einer Assistenz zur Ausübung eines Ehrenamtes für unerlässlich.

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Wohnen

### **Bau von bezahlbaren Wohnungen stärken**

In Niedersachsen hat sich in den letzten 20 Jahren die Anzahl der Sozialwohnungen halbiert. Wir fordern deswegen drastisch stärkere Investitionen der Öffentlichen Hand für bezahlbaren Wohnraum, die Stärkung nicht-profitorientierten Bauens, Schutz vor Verdrängung besonders gefährdeter Menschen und die Förderung von barrierefreiem und inklusivem Wohnen. Nicht nur das Land, auch jede Stadt, jede Kommune muss verpflichtet werden, eine ausreichende Anzahl von Sozialwohnungen vorzuhalten.

### **Erhalt der Sozialbindung**

Förderprogramme sollen Mieter davor schützen, beim Wegfall der Sozialbindung ihre Wohnung zu verlieren oder nur zu ungünstigeren Konditionen erhalten zu können.

### **Barrierefreier Wohnraum**

Insbesondere die Kommunen müssen heute Antworten darauf finden, wie ältere Menschen vor Ort möglichst lange in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben können. Mehr als jeder fünfte Mensch in Niedersachsen ist schon heute 65 Jahre oder älter. Bis 2036 nimmt die Zahl der Senioren noch einmal um ein Drittel zu - insbesondere die Zahl der Menschen über 80 wird dabei stark ansteigen. Eine barrierefreie Infrastruktur und barrierefreier Wohnraum werden daher immer wichtiger. Eltern von Kleinkindern in Niedersachsen und Bremen benötigen ebenfalls barrierefreie Wohnungen mit Aufzug und Abstellflächen, um Kinderwagen und Buggys nutzen und unterbringen zu können. Hier muss es gezielte Anstrengungen der Länder und Kommunen geben, barrierefreien Wohnraum zu bezahlbaren Mieten zu schaffen.

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Wohnen

### **Ausgewogene soziale Strukturen in Wohngebieten**

Die Gemeinden haben die Aufgabe, die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke auf Gemeindegebiet vorzubereiten und zu leiten. Sie sollten deshalb bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen darauf hinwirken, dass die Bevölkerungsstruktur in den Wohngebieten von sozialer Vielfalt geprägt ist. Das Land Niedersachsen kann hier durch finanzielle Anreize auf den kommunalen Wohnungsbau Einfluss nehmen.

### **Verbesserung der Infrastruktur im Wohnumfeld**

Die kommunale Planung sollte verstärkt Gebiete mit Quartier-Charakter ausweisen. Wo dies nicht möglich ist, müssen allgemeine Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds getroffen werden, wie etwa die barrierefreie Gestaltung von Wohnungen, die Sicherung der medizinischen Versorgung, der Anschluss ans Glasfasernetz sowie der Bau von Freizeit- und Erholungsanlagen. Auch hier sollte das Land Niedersachsen finanzielle Anreize schaffen.

### **Gute Anbindung an den ÖPNV**

Eine gute und barrierefreie Anbindung aller – auch ländlicher – Wohngebiete an den Öffentlichen Personennahverkehr sollte konsequent umgesetzt werden.

# Unsere Forderungen zur Landtagswahl

## Prozessuales

### **Widerspruchsverfahren in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten**

Der VdK Niedersachsen-Bremen bietet seinen Mitgliedern in sozialrechtlichen Angelegenheiten Beratung und Vertretung vor Behörden und Sozialgerichten an. Das Sozialgericht ist nur in den in § 51 Sozialgerichtsgesetz (SGG) ausdrücklich bestimmten Streitigkeiten zuständig. Für die überwiegende Zahl dieser Streitigkeiten muss auch ein Widerspruchsverfahren durchgeführt werden. Über den Widerspruch entscheidet die Widerspruchsbehörde bzw. Widerspruchsstelle (§ 85 Abs. 2 SGG). Erst nach Abschluss des Widerspruchsverfahrens kann ggfs. Klage vor dem Sozialgericht erhoben werden. In anderen, nicht der sachlichen Zuständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit unterliegenden sozialrechtlichen Angelegenheiten (wie z.B. BaföG, Elterngeld, Landesblindengeld, Wohngeld) wurde in Niedersachsen 2005 durch das Verwaltungsmodernisierungsgesetz das Widerspruchsverfahren abgeschafft. In diesen Fällen muss als Rechtsmittel sofort Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben werden, was in den meisten Fällen – im Gegensatz zu Klagen vor dem Sozialgericht – kostenpflichtig ist. Dies stellt für unsere Mitglieder eine Verschlechterung ihrer Rechtsposition dar. Wir meinen daher, dass für sozialrechtliche Angelegenheiten, die nicht unter die Generalklausel des § 51 SGG fallen, eine Widerspruchsstelle wiedereingeführt werden soll.

# Der VdK im Überblick

Seit über 70 Jahren setzt sich der Sozialverband VdK für soziale Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft ein - und dies mit Erfolg. In Niedersachsen-Bremen gehören dem VdK über 100.000 Menschen an. In Sozialpolitik und Sozialrecht vertritt er die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger.

## **Interessenvertretung**

Im Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V. haben sich Menschen zusammengefunden, die gemeinsam sozial- und gesellschaftspolitische Ziele durchsetzen möchten. Als gemeinnützige, überparteiliche und unabhängige Selbsthilfeorganisation finanziert der VdK seine Arbeit ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Nach dem Motto "Gemeinsam sind wir stärker" ist der VdK deshalb auf eine große Mitgliederzahl angewiesen, um seine Unabhängigkeit zu bewahren und weiterhin als Interessenvertretung für sozial Benachteiligte tätig sein zu können.

## **Rechtsberatung**

Der VdK Niedersachsen-Bremen garantiert seinen Mitgliedern eine umfassende Beratung und Unterstützung in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten. Er setzt sich unter anderem für eine barrierefreie Gestaltung der Umwelt und die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen in der Arbeitswelt ein.

## **Gemeinschaft**

In den zahlreichen Orts- und Kreisverbänden wird zudem Gemeinschaft aktiv gelebt. Hier finden sich über 2000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Mitglieder erster Ansprechpartner sind.

Einen der über 250 Ortsverbände finden Sie auch an Ihrem Wohnort oder "gleich nebenan". Auskunft gibt die nächste Kreisgeschäftsstelle - davon unterhalten wir derzeit 26 - oder die Landesgeschäftsstelle in Oldenburg. Mehr dazu unter [www.vdk.de/nb](http://www.vdk.de/nb)



**Gemeinsam sind wir stark!**

**Teilen Sie uns mit: Welche sozialpolitischen Forderungen bewegen Sie?**

**Machen Sie mit: Schicken Sie uns ein Foto mit Ihrer sozialpolitischen Forderung!**

**Mehr unter [www.vdk.de/permalink/85165](http://www.vdk.de/permalink/85165)**

Inhaltlich verantwortlich

Andrea Nacke, Leiterin Sozialpolitik

0441-2102941

Herausgeber:

Sozialverband Niedersachsen-Bremen

Nikolausstraße 11

26135 Oldenburg

Telefon 0441 21029-0

[www.vdk.de/niedersachsen-bremen](http://www.vdk.de/niedersachsen-bremen)

Gestaltung

Sylvia Katenkamp, Leiterin Marketing

SOZIALVERBAND

**VdK**

NIEDERSACHSEN-BREMEN